Stand: 18.12.2025 08:45:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17792

"Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17792 vom 14.07.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19486 des SO vom 05.12.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/20399 vom 25.01.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.07.2017 Drucksache 17/17792

Antrag

der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD

Arbeitsgesetzgebung 4.0 III:

Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich durch eine Bundesratsinitiative für eine Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen bzw. Mindestarbeitnehmerzahl im § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Mitbestimmungsgesetzes (MitBestG) auf 500 und für eine Beseitigung der Mitbestimmungsflucht durch Rechtsformwechsel innerhalb europäischer Rechtsformen einzusetzen.

Begründung:

Die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen ist ein Erfolgsmodell und ein wichtiger Grundpfeiler der deutschen Wirtschaftsleistung, weshalb sie auch wechselnde Regierungskoalitionen überdauert hat.

Jedoch wird in den meisten deutschen Unternehmen das erforderliche Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerquorum für die Drittelmitbestimmung (501) und schon gar nicht für die paritätische Mitbestimmung (2.001) erreicht. Dadurch bleibt in vielen Unternehmen der Weg zum Erfolgsmodell Mitbestimmung versperrt. Dem ist durch die allgemeine Einführung der paritätischen Mitbestimmung bei mehr als 500 Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

Zudem gilt es, der oft beobachteten Mitbestimmungsflucht durch Rechtsformwechsel beispielsweise hin zur SE (Societas Europaea) entgegen zu treten. Zwar gilt bei Rechtsformwechsel auf die SE eine Auffanglösung, die das bisherige Niveau der Mitbestimmung festschreibt. Erfolgt der Wechsel jedoch unmittelbar vor Erreichen des Quorums, wird verhindert, dass die entsprechenden Mitbestimmungsregelungen gelten. Dem kann beispielsweise mit einer zusätzlichen Anknüpfung der Mitbestimmungsregelungen an den deutschen Verwaltungssitz oder eine hiesige Zweigniederlassung begegnet werden.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/19486 05.12.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD

Drs. 17/17792

Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnenbzw. Mindestarbeitnehmerzahl

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Angelika Weikert Mitberichterstatter: Steffen Vogel

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.01.2018 Drucksache 17/20399

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD Drs. 17/17792, 17/19486

Arbeitsgesetzgebung 4.0 III:

Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung.

Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbe-

ziehungen - Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksa-

che 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine.

Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen! Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团		A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 I: Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	A

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	A

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD Bayerisches Polizei-Logistikzentrum: Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen! Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären